

Satzung

der Stiftung

„Lebendige Gemeinde St. Martinus“

Präambel

Die Stiftung Lebendige Gemeinde St. Martinus will das kirchliche Leben im Sinne des § 2 - vor allem in Aachen-Richterich - mit dem Ziel fördern, zu einem vielfältigen Gemeindeleben beizutragen, in dem sich Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft beheimatet fühlen.

§ 1 – Name, Sitz und Rechtsform

(1) Die Stiftung führt den Namen

Stiftung „Lebendige Gemeinde St. Martinus“

(2) Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Aachen.

§ 2 – Zweck

(1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).

(2) Zweck der Stiftung ist die Beschaffung von Mitteln zur Förderung kirchlicher Zwecke, von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, der Jugend- und Altenhilfe und der Unterstützung hilfsbedürftiger Personen durch eine andere

steuerbegünstigte Körperschaft oder durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Die Stiftung kann die Verwaltung unselbständiger Stiftungen übernehmen, deren überwiegender Zweck im Rahmen der Verwirklichung der in dieser Satzung festgelegten Zwecke liegt.

(4) Daneben kann die Stiftung die in Absatz 1 genannten Zwecke auch unmittelbar selbst verwirklichen. Dies geschieht insbesondere durch die Unterstützung in den Bereichen

- a) Sicherstellung der Arbeit des katholischen Kindergartens
- b) Kinder-, Jugend- und Familienarbeit
- c) kirchlich-kulturelle Angebote
- d) Seniorenarbeit
- e) Hospizarbeit
- f) pastorale und caritative Projekte
- g) Musik und die Pflege der historischen Orgel in der Kirche St. Martinus
- h) Erhaltung der Kirchenbauten und der gemeindlichen Einrichtungen sowie die Pflege ihrer sakralen, historischen und künstlerischen Werte
- i) Die Unterstützung der personellen Ausstattung der Pfarrgemeinde.

(5) Die Stiftung ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sie darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

(6) Die aufgeführten Zwecke müssen nicht im gleichen Maße verwirklicht werden.

(7) Den durch die Stiftung Begünstigten stehen aufgrund dieser Satzung Rechtsansprüche auf Leistung der Stiftung nicht zu.

(8) Die Förderung der genannten Aufgaben schließt die Verbreitung der Ergebnisse durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit nicht aus.

§ 3 – Änderung der Pfarrstruktur

(1) Sofern die Pfarrgemeinde St. Martinus mit anderen Pfarreien verbunden wird, erstreckt sich der Stiftungszweck - vor allem - auf das Gebiet der Pfarrei bzw. Pfarreien, die das Gebiet der bisherigen Pfarre St. Martinus in den Grenzen zum Zeitpunkt der Gründung dieser Stiftung umfasst bzw. umfassen.

(2) Die Aufgaben des Kirchenvorstandes und des Pfarrgemeinderates nach § 7 Absatz 1 und § 10 Absatz 2 werden jeweils von dem Kirchenvorstand bzw. dem Pfarrgemeinderat der neuen Gemeinde bzw. von den Kirchenvorständen bzw. den Pfarrgemeinderäten der neuen Gemeinden übernommen.

§ 4 - Stiftungsvermögen

(1) Das Stiftungsvermögen ergibt sich aus dem Stiftungsgeschäft. Das Stiftungsvermögen soll in den Folgejahren durch weitere Zustiftungen erhöht werden.

(2) Das Stiftungsvermögen kann bis zur Höhe von 10 % seines Wertes in Anspruch genommen werden, wenn dies zur Erfüllung des Stiftungszwecks zwingend erforderlich werden sollte und seine Auffüllung in den folgenden drei Jahren sichergestellt werden kann. Die Erfüllung der Satzungszwecke darf durch die Rückführung nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

(3) Das Stiftungsvermögen ist in seinem Werte ungeschmälert zu erhalten sowie sicher und ertragbringend anzulegen. Dem Stiftungsvermögen wachsen die Zuwendungen Dritter zu, die dazu bestimmt sind (Zustiftungen).

§ 5 – Verwendung der Vermögenserträge und Zuwendungen

(1) Die Erträge des Stiftungsvermögens und die ihm nicht zuwachsenden Zuwendungen sind im Rahmen der steuerrechtlichen Vorschriften zeitnah zur Erfüllung des Stiftungszwecks zu verwenden. Freie oder zweckgebundene

Rücklagen können, soweit steuerrechtlich zulässig, gebildet werden. Freie Rücklagen dürfen ganz oder teilweise dem Vermögen zugeführt werden. Im Jahr der Errichtung und in den zwei folgenden Kalenderjahren dürfen die Überschüsse aus der Vermögensverwaltung ganz oder teilweise dem Vermögen zugeführt werden.

(2) Dem Stiftungsvermögen zuzuführen sind Zuwendungen, die dazu durch die Zuwendende / den Zuwendenden oder aufgrund eines zweckgebundenen Spendenaufrufs der Stiftung bestimmt sind. Zuwendungen von Todes wegen, die von der Erblasserin / vom Erblasser nicht ausdrücklich zur zeitnahen Erfüllung des Stiftungszwecks bestimmt sind, dürfen dem Vermögen zugeführt werden.

(3) Bei Zustiftungen ab einem vom Vorstand festzusetzenden Betrag können die Zustifterin oder der Zustifter einen konkreten Verwendungszweck (Projekt, Maßnahme o.ä.) für die Verwendung der Erträge dieser Zustiftung benennen. Das Projekt hat dem Satzungszweck gemäß § 2 Absatz 2 dieser Satzung zu entsprechen. Diese Zustiftungen sind von der Stiftung unter Angabe des auferlegten Verwendungszwecks gesondert auszuweisen und können mit dem Namen der Stifterin bzw. des Stifters verbunden werden, sofern sie bzw. er dies wünscht. Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Zustiftungen anzunehmen.

§ 6 – Organe der Stiftung

(1) Organe der Stiftung sind:

a) der Vorstand

b) das Kuratorium

(2) Die gleichzeitige Mitgliedschaft in mehreren Organen ist unzulässig.

(3) Die Mitglieder der Organe sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Sie haben lediglich einen Anspruch auf Ersatz der ihnen entstandenen angemessenen Aufwendungen.

§ 7 – Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern, dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und 3 Beisitzern. Der jeweilige Pfarrer bzw. der Pfarradministrator der Kath. Kirchengemeinde St. Martinus oder ihrer Rechtsnachfolgerin gehört dem Vorstand kraft Amtes als Mitglied an. Jeweils zwei Mitglieder werden von dem Kirchenvorstand und dem Pfarrgemeinderat der Pfarre St. Martinus oder ihrer Rechtsnachfolgerin auf 3 Jahre bestellt. Die Zuweisung von Ämtern erfolgt in der ersten Sitzung des Vorstandes.

(2) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Bei Stimmgleichheit erfolgt die Wahl durch das Kuratorium.

(3) Die Mitgliedschaft im Vorstand endet durch Tod, Rücktritt oder Abberufung. Vorstandsmitglieder können aus wichtigem Grund von den sie bestellenden Gremien abberufen werden. Nach dem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes wird auf Vorschlag des Stiftungsvorstandes ein Nachfolger von dem Kirchenvorstand bzw. dem Pfarrgemeinderat für die restliche Amtszeit benannt.

§ 8 - Rechte und Pflichten des Vorstands

(1) Die Stiftung wird durch zwei stimmberechtigte Vorstandsmitglieder gerichtlich und außergerichtlich vertreten, von denen immer eines die oder der Vorsitzende bzw. im Falle seiner Verhinderung seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter sein muss.

(2) Der Vorstand hat im Rahmen des Stiftungsgesetzes und dieser Satzung den Stifterwillen so wirksam wie möglich zu erfüllen. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

- Die Verwaltung des Stiftungsvermögens einschließlich der Mehrung durch Einwerbung von Zustiftungen und Spenden sowie die Verwendung der Stiftungsmittel nach Anhörung des Kuratoriums.

- Die Beschlussfassung über die Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens und von Spenden.
- Die Berichterstattung gegenüber dem Kuratorium, der Stiftungsaufsichtsbehörde sowie der Finanzverwaltung.
- Die Einberufung und Vorbereitung der Sitzungen des Kuratoriums.
- Die Führung der Bücher und die Aufstellung des Jahresabschlusses. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann sich der Vorstand ganz oder teilweise Dritter bedienen; die Kosten hierfür trägt die Stiftung.

(3) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden in Sitzungen gefasst. Sofern alle stimmberechtigten Mitglieder zustimmen, können Beschlüsse auch schriftlich, fernschriftlich oder per Telefax gefasst werden. Wird ein Beschluss im schriftlichen Verfahren gefasst, so ist das hierüber zu fassende Protokoll von allen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. Im schriftlichen Verfahren gilt eine Äußerungsfrist von vier Wochen seit Absendung der Aufforderung zur Abstimmung. Zu den Sitzungen des Vorstandes lädt der Vorsitzende mit einer Frist von mindestens 2 Wochen und der Mitteilung der Tagesordnung ein.

(4) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dies gilt sinngemäß bei Entscheidungen im Wege des schriftlichen Verfahrens.

(5) Die Haftung des Vorstands wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

§ 9 - Rechnungsjahr, Jahresabschluss

(1) Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Rechnungsjahr endet am 31. Dezember des Jahres, in dem die Stiftung rechtswirksam wird.

(2) Der Stiftungsvorstand hat nach Beendigung des Rechnungsjahres den Jahresabschluss aufzustellen und dem Kuratorium mit einem Tätigkeitsbericht vorzulegen. Danach ist der Jahresabschluss mit dem Tätigkeitsbericht unverzüglich den Aufsichtsbehörden einzureichen.

§ 10 – Zusammensetzung und Aufgaben des Kuratoriums

(1) Zur Beratung des Vorstands wird ein Kuratorium bestellt.

(2) Die Mitglieder des Kuratoriums werden für die Dauer von jeweils fünf Jahren auf Vorschlag des Kirchenvorstandes und des Pfarrgemeinderates der Pfarrgemeinde St. Martinus oder ihrer Rechtsnachfolgerin vom Vorstand berufen, das erste Kuratorium durch den ersten Vorstand. Wiederberufung ist zulässig. Die Zahl der Mitglieder des Kuratoriums soll nicht mehr als zehn betragen.

(3) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden sowie eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter.

(4) Das Kuratorium kann Empfehlungen und Voten aussprechen, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder regelmäßig auf Sitzungen, die bei Bedarf vom Vorsitzenden oder vom Vorstand einberufen werden.

§ 11 – Satzungsänderung

(1) Der Vorstand kann mit 3/4 – Mehrheit aller Mitglieder Änderungen dieser Satzung beschließen, soweit dies zur nachhaltigen Erfüllung des Stiftungszwecks erforderlich oder zweckmäßig ist, die Änderung mit dem Stifterwillen vereinbar ist und die Steuerbegünstigung der Stiftung nicht beeinträchtigt wird.

(2) Änderungen in § 2 dürfen nur vorgenommen werden, wenn die nachhaltige Verfolgung des bisherigen Stiftungszwecks aussichtslos oder durch wesentliche Änderungen der Verhältnisse sinnlos geworden ist.

§ 12 - Auflösung

Ist die weitere Verfolgung des Stiftungszwecks unmöglich geworden oder ändern sich die Verhältnisse derart, dass die Erfüllung des Stiftungszwecks sinnlos geworden ist, kann der Vorstand die Auflösung der Stiftung beschließen. Ein Beschluss bedarf der einstimmigen Entscheidung sämtlicher Vorstandsmitglieder sowie eines Mehrheitsbeschlusses von 2/3 der Mitglieder des Kuratoriums.

§ 13 - Vermögensanfall

Bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen an die Katholische Kirchengemeinde St. Martinus bzw. an deren Rechtsnachfolgerin zugunsten des Treuhandkontos des Pfarrers bzw. Pfarradministrators, der es unmittelbar und ausschließlich für die Zwecke im Sinne von § 2 der Satzung zu verwenden hat.

§ 14 - Stellung des Finanzamtes

Unbeschadet der sich aus dem Stiftungsgesetz ergebenden Genehmigungspflichten sind vor deren Durchführung Beschlüsse über Satzungsänderungen und über die Auflösung der Stiftung dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Bei Satzungsänderungen, die den Zweck der Stiftung betreffen, ist zuvor eine Auskunft des Finanzamtes zur Steuerbegünstigung einzuholen.

§ 15 – Stiftungsaufsicht

(1) Die Stiftung unterliegt der staatlichen Aufsicht nach Maßgabe des jeweiligen Stiftungsrechts.

(2) Stiftungsaufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Köln, oberste Stiftungsaufsichtsbehörde ist das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Die stiftungsaufsichtsbehördlichen Genehmigungs- und Zustimmungsbefugnisse sind zu beachten.

(3) Die Stiftungsaufsichtsbehörden sind auf Wunsch jederzeit über alle Angelegenheiten der Stiftung zu unterrichten. Der Stiftungsaufsichtsbehörde bei der Bezirksregierung Köln sind unaufgefordert der Jahresabschluss sowie der

Tätigkeitsbericht vorzulegen und jede Veränderung in der Zusammensetzung des Stiftungsvorstandes anzuzeigen.

§ 16 – Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit dem Tag der Zustellung der Anerkennungsurkunde in Kraft.